

Pressemitteilung

München, den 3. Juli 2024

Pannermayr: Verbesserte Ganztagsbetreuung ist ein Schritt in die richtige Richtung

Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder ab dem Schuljahr 2026/27 hat die Staatsregierung nun ein „Gesamtpaket“ angekündigt. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr bewertet dies als kleinen Schritt in die richtige Richtung: **„Positiv ist, dass sich nach langen Verhandlungen das Sozialministerium und das Kultusministerium immerhin zusammen bewegt haben, und sogar in die gleiche Richtung. Für die Städte und Gemeinden bringt dies nach langer Zeit der Ungewissheit endlich mehr Klarheit. Die Zugeständnisse der beiden Ministerien helfen den Kommunen. Aber eine nachhaltige Lösung für den Kraftakt eines verlässlichen Ausbaus der Ganztagsbetreuung ist das noch nicht.“**

Die Bewertung der einzelnen Aspekte:

- Der Freistaat will nun, anders als zunächst geplant, die Bundesmittel für die Betriebskosten ab 2026 ungekürzt an die Kommunen weiterreichen, das ist zu begrüßen. Offen ist jedoch weiterhin, dass der Freistaat die Bundesmittel mit Landesmitteln ergänzen muss, wenn dies der Bedarf notwendig macht.
- Die Verbesserung des Ganztagsausbauprogramms (Investitionsprogramm) ist zu begrüßen, allerdings muss der Bund dringend die Umsetzungsfristen verlängern.
- Dass der Freistaat sich nun zur Verantwortung der Schulen für die Betreuung am Freitagnachmittag in Schulwochen bekennt, ist zu begrüßen.
- Der Freistaat will nun die organisatorische Mitwirkung der Schulen an der Ferienbetreuung regeln. Das ist ein grundsätzlicher Schritt, der längst überfällig ist und zu begrüßen ist. Der Schritt geht aber noch nicht weit genug, da damit bislang keine Mitverantwortung der Schulen verbunden ist. Hier sehen die Kommunen noch weiteren Handlungsbedarf.

Pannermayr zieht das Fazit: **„Aus Sicht der Städte sind die Verhandlungen ein Teilerfolg, denn der Freistaat kommt den Kommunen in wichtigen Punkten, die der Bayerische Städtetag schon lange gefordert hat, entgegen. Unser Dank gilt den beiden Staatsministerinnen, die das nun endlich ermöglicht haben. Das kann aber noch nicht die endgültige Lösung sein. Die Kommunen brauchen weitergehende Unterstützung von Bund und Land. Insbesondere die Höhe der notwendigen Mittel, die Umsetzungsfristen und die Mitverantwortung der Schule in den Ferienzeiten müssen weiter besprochen werden.“** Offen bleibt auch, ob tatsächlich genügend Personal zur Verfügung stehen wird, um das Ganztagsangebot auch tatsächlich auszubauen und den Rechtsanspruch damit erfüllen zu können.